

## Studien zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Wilhelm Liebknecht, Kleine Politische Schriften (= Röderberg Taschenbuch 42), Röderberg-Verlag, Frankfurt 1976, 413 S., kart., 3,50 DM.

Helmut Bley, Bebel und die Strategie der Kriegsverhütung 1904 – 1913. Eine Studie über Bebels Geheimkontakte mit der britischen Regierung und Edition der Dokumente. Mit einem Vorwort von Gustav W. Heinemann, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1975, 254 S., kart., 34 DM.

Es liegt in der Natur der Sache, daß Veröffentlichungen ausgewählter Reden oder Schriften niemals alle Wünsche erfüllen können; den einen ist dieser, den anderen jener Aspekt zu stark oder zu wenig berücksichtigt. Dies gilt natürlich auch für die im Röderberg-Verlag erschienene Sammlung »Kleiner politischer Schriften« von Wilhelm Liebknecht. Sie enthält in erster Linie Reden aus der Zeit von 1865 bis 1899; sie beginnt mit einem Bericht an die »Londoner Konferenz der Internationalen Arbeiterassoziation« (1870), »Zu Schutz und Trutz« (1871) und »Wissen ist Macht – Macht ist Wissen« (1872), bringt die als grundlegend zu betrachtenden Schriften »Geschichte der Kommune« (1872) und »Anarchismus, Sozialdemokratie und revolutionäre Taktik« (1886), die erst 1889 unter dem Titel »Trutz Eisenstirn. Erzieherisches aus Puttkamerun« Verbreitung fand, und schließt mit der Alterschrift »Kein Kompromiß – kein Wahlbündnis« (1899), die einen Beitrag zur Revisionismusdebatte darstellt, wie sie Ende des 19. Jahrhunderts in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung geführt wurde.

Die Idee der Publikation ist grundsätzlich zu begrüßen, denn sie versucht ein breites Publikum anzusprechen und mit den Vorstellungen des Mitbegründers der SPD bekannt zu machen, der immerhin zu den wichtigsten Arbeiterführern des letzten Jahrhunderts zu rechnen ist; gefördert werden dürfte diese Absicht sicherlich durch den für bundesdeutsche Verhältnisse ungewöhnlich niedrigen Preis von 3,50 DM, der sich in erster Linie aus Subventionen erklärt, die dem Verlag aus der DDR zuteil werden. Herausgeber der »Schriften« ist übrigens der DDR-Historiker Wolfgang Schröder. Die Verwirklichung der Idee kann den Rezensenten jedoch nicht recht begeistern; das Bild, das mit der Auswahl der Schriften von dem Politiker Liebknecht vermittelt werden soll, stimmt »hinten und vorne« nicht. Allein schon der Ansatz ist falsch, da hilft auch alle dialektische Spitzfindigkeit nicht, deren sich die im Nachwort vorgelegte biographische Skizze bedient. Es ist einfach unsinnig, die These aufzustellen, Wilhelm Liebknecht habe als Journalist und Agitator den »Mittler« zwischen Marxismus und deutscher Arbeiterbewegung gespielt, obwohl er selbst die marxistische Theorie, insbesondere die Dialektik, nie verstanden hat. Es muß hier einmal deutlich gesagt werden: Will die Liebknecht-Forschung der DDR ernst genommen werden, so muß sie endlich ihre bisherige »Vogel-Strauß-Politik« aufgeben und die Ergebnisse der sogenannten bürgerlichen Geschichtsschreibung rezipieren; besonders sollte dies wohl dann gelten, wenn man im »bürgerlichen Westen« publiziert: *Parteilichkeit* und *Wissenschaftlichkeit* sind durchaus keine sich gegenseitig ausschließenden Größen; Schröders »Desinteresse« geht aber so weit, eine »Liebknecht-Interpretation« zu liefern, ohne auch nur ansatzweise

die schwergewichtigen Quellenpublikationen des leider viel zu früh verstorbenen Georg Eckert systematisch auszuwerten. Angesichts der Tatsache, daß die Wilhelm-Liebknicht-Forschung noch immer in den Kinderschuhen steckt, ist solch ein Vorgehen wissenschaftlich einfach nicht mehr zu rechtfertigen. Wenn Schröders Ausführungen dennoch interessant sind, so deshalb, weil sie den Wandel der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung dokumentieren. Galt in früheren Darstellungen der »grand old man« der SPD von der Kritik her als »unantastbar« – selbst Tschubinski lieferte noch 1973 eine stark harmonisierende Darstellung –, so wird heute weder Liebknichts Unverständnis der marxistischen Theorie beschönigt noch die teilweise derb-heftige Kritik von Marx und Engels verschwiegen; sogar der Konflikt Liebknicht–Bebel um die Führung der Partei wird, in zarten Worten, angedeutet. Das oben erwähnte Gesamturteil bleibt aber davon unberührt; gewissermaßen als »Kronzeuge« wird dabei Friedrich Engels aufgeführt, der davon überzeugt war, daß Liebknicht im entscheidenden Moment auf dem »rechten Fleck« stehen würde. Abgesehen von der inneren Widersprüchlichkeit dieses Urteils erweist sich auch Schröders Ansatzpunkt bei näherer Betrachtung als falsch, denn Wilhelm Liebknicht hat die Auffassungen seiner »Lehrmeister« niemals als »sakrosankt« angesehen und häufig – selbst in der Korrespondenz mit Marx und Engels – sogar ebenso heftige Kritik an deren Äußerungen geübt. Wenn aber der Mitbegründer der deutschen Sozialdemokratie kein Marxist gewesen ist, was war er dann? Zur Beantwortung dieser Frage gibt die vorliegende Schriftensammlung eine Reihe interessanter Hinweise. So findet sich beispielsweise in der Grundsatzzrede »Anarchismus, Sozialdemokratie und revolutionäre Taktik« folgender Ausspruch zum Selbstverständnis der Sozialdemokratie:

»Was uns zu Sozialdemokraten macht, ist, daß wir das Elend und Unrecht auf Erden in ihrer organischen Entstehung begreifen; daß wir diese gesellschaftlichen Entwicklungskrankheiten – denn das sind sie – durch naturgemäße Förderung des Entwicklungsprozesses heilen wollen und daß wir das Ziel allgemeinen menschlichen Wohlbefindens statt in die Luft und in den Himmel der Phantasie auf den Boden der realen, wirtschaftlichen Verhältnisse stellen«.

Damit wird der Marxschen Verelendungslehre eine eindeutige Absage erteilt; der Schüler von Marx will sogar die drohende Revolution durch präventive, d. h. reformerische, Maßnahmen abwenden. Die Anwendung von Gewalt ist für ihn deshalb nur im defensiven, nicht im offensiven Sinne denkbar. Liebknicht verstand die Arbeiterbewegung vor allem als »Emanzipationsbewegung«, daher auch die Formel »Wissen ist Macht«. Eine aufgeklärte und emanzipierte Arbeiterklasse würde sich zwangsläufig ihre »Rechte« erkämpfen.

Der politisch-philosophische Gegensatz zwischen »Schüler« und »Lehrer« wird besonders deutlich in der Einschätzung der Politik gegenüber Preußen. Liebknicht hat nicht zuletzt aufgrund seiner Erfahrungen aus der Revolution von 1848 im preußischen Junkerstaat den Hauptfeind gesehen, der mit seiner Vormachtstellung im Reich jede politische Reform in Deutschland verhinderte. Im Kampf gegen diesen Feind hat er sich als Arbeiterführer seine Kampfgenossen gesucht, wo er sie finden konnte, selbst wenn sie »kleinbürgerlich« waren. Wahrscheinlich vertraute er darauf, daß sie durch den gemeinsamen Kampf zu Sozialdemokraten – wie Liebknicht sie verstand – würden. Theoretische Reinheit war nicht so wichtig wie das politische Handeln, daher das rasche Vorantreiben der Vereinigung der beiden großen Arbeiterparteien in Gotha 1875. Aus derselben Überlegung hat Liebknicht auch später in der Partei alles getan, um Flügelkämpfe, die in seinen Augen vielfach ohnehin nur theoretisch bedingt waren, zu verhindern. Nur eine vereinigte Arbeiterbewegung konnte dem preußischen Machtblock trotzen. Marx und Engels dagegen haben Liebknichts betont antipreußische Politik als »süddeutschen Partikularismus« scharf abgelehnt. Wie wenig sie ihrem einstigen Schüler zutrauten, die »marxistische Sache« zu vertreten, zeigt die Tatsache, daß nicht Liebknicht, sondern Johann Philipp Becker zum ersten Verbindungsmann der I. Internationale in Deutschland ernannt wurde. Der »verschmähte« Schüler setzte sich

jedoch durch, womit ganz sicher sein Selbstbewußtsein dem einstigen »Lehrmeister« gegenüber gestiegen sein dürfte. Nicht umsonst hat er sich später als Parteiführer ziemlich selbstsicher mit dem Argument verteidigt, daß die Londoner in ihrem »Olymp« ohnehin nicht die politische Entwicklung in Deutschland bzw. in der deutschen Arbeiterbewegung adäquat beurteilen könnten. Im Jahre 1872 mußten übrigens selbst Marx und Engels anerkennen, daß Liebknecht (und Bebel) durch die Stimmhaltung bzw. Verweigerung der Kriegskredite im Norddeutschen Reichstag anläßlich des Deutsch-Französischen Krieges mehr zur Verbreitung des sozialistischen Gedankens getan hatte(n) als sämtliche Aktivitäten der I. Internationale zuvor. Hier liegt vielleicht auch der Grund, weshalb vor allem Engels später versucht hat, Liebknechts Autorität in der Parteiführung zu untergraben; denn bei Liebknecht war aus der Sicht Marx' und Engels' die Gefahr gegeben, daß die deutsche Arbeiterbewegung eine von der marxistischen Theorie abgewandte Politik verfolgen könnte. In Bebel und Kautsky fand Engels dabei die richtigen Gesprächspartner, von denen der eine organisatorisch und der andere theoretisch begabt war und die zumindest noch »jung« genug waren, um zu »lenken«. Engels hat dies bewußt gefördert, wie seine Korrespondenz mit beiden zeigt. Im Mai 1883 beispielsweise forderte er Bebel unverblümt auf, Liebknecht »entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen«. Auf dem theoretischen Sektor dauerte die Entwicklung etwas länger: Erst das Erfurter Parteiprogramm von 1891 trug Kautskys Handschrift. Bebel und Kautsky verschafften zwar der SPD ein »marxistisches Programm«, konnten jedoch nicht verhindern, daß die parteipolitische Praxis »unmarxistisch« blieb. Die von Liebknecht formulierten Parteiprogramme waren zwar unmarxistisch gewesen, entsprachen jedoch dem »Bewußtseinszustand« der Partei. Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit hat später fatale Folgen für die Entwicklung der SPD gehabt. Bebel selbst wurde nach der Jahrhundertwende der Exponent der von Liebknecht verfolgten und von Bebel damals so scharf kritisierten »Vertuschungstaktik«. Seine Haltung auf den Parteitag von 1908 und 1910 in der Budgetbewilligungsfrage sind Musterbeispiele für das Lavieren zwischen den Flügeln. War es Liebknecht jedoch darum gegangen, mit Hilfe einer geeigneten Partei Preußen bedingungslos zu bekämpfen, so beschränkte sich Bebel auf innerparteiliches Krisenmanagement. Wie wenig der »Arbeiterkaiser« an die deutsche Sozialdemokratie als Machtfaktor im Deutschen Reich glaubte bzw. wie sehr ihm der Wille fehlte, die SPD zu einem solchen Machtfaktor zu machen, zeigt die von *Helmut Bley* vorgelegte Studie zu Bebels außenpolitischen Vorstellungen, insbesondere zum deutsch-britischen Verhältnis.

Die Arbeit besteht grob gesprochen aus zwei Teilen: der erste (sechs Kapitel) enthält die eigentliche Studie, während der zweite Teil Dokumente bringt. Bei den Dokumenten handelt es sich in erster Linie um Gesprächsaufzeichnungen, die der in Zürich lebende britische Ehrenkonsul Heinrich Angst in den Jahren 1910 bis 1914 angefertigt und an das britische Außenministerium gesandt hat. Partner dieser Gespräche war Bebel, der mit Angst seit etwa 1910 eng befreundet war und der über Sinn und Zweck der Unterredungen informiert war. Hier interessiert in erster Linie Bleys Untersuchung. Sie gibt zunächst einen Überblick über Bebels Stellung innerhalb der SPD vor dem Ersten Weltkrieg, beschreibt dann die »Geschichte« der Gespräche und deren Thematik und analysiert schließlich die Elemente der außenpolitischen Konzeption sowie die Kontinuität dieser Elemente. Die beiden letzten Kapitel sind der britischen Seite gewidmet und behandeln einmal die »deutsche Gefahr« in den Richtungskämpfen der englischen Politik von 1910 bis 1914 und untersuchen zum anderen die britischen Urteile zur Rolle der SPD im Wilhelminischen Reich.

Im Mittelpunkt der Gespräche zwischen Angst und Bebel stand die Gefährdung des Friedens in Europa durch das aggressive Aufrüsten Preußen-Deutschlands zu Wasser und zu Lande. Bebels Aussagen wurden dabei von dem Bemühen getragen, die britische Regierung vor einer Fehleinschätzung der Macht der SPD im Deutschen Reich zu bewahren. Der Haupttenor der Aussage lautete: Die SPD, obwohl »die« Massenbewegung in Europa, sei

unfähig, einen deutschen Angriffskrieg zu verhindern. Nur die forcierte Flottenrüstungspolitik Großbritanniens könnte die deutschen Kriegstreiber von ihrer Aggression abbringen und jene Kräfte im Reich bestärken, die ein Arrangement der beider Industrienationen befürworteten.

Bleys Studie ist in mancher Hinsicht vorbildlich, auch wenn dieser Eindruck gelegentlich durch allzu schroffes Abkanzeln der Historikerkollegen getrübt wird. Vor allem der Quellenkritische Ansatz ist sauber durchgeführt, indem die indirekten Aussagen Bebels in zweifacher Hinsicht überprüft werden: Zum einen wird geklärt, ob der SPD-Führer derartige Aussagen überhaupt gemacht hat, und zum anderen, welche dieser Aussagen wann getan wurden. Dabei wird deutlich, daß Bebels Aussagen stark variierten, je nachdem ob er öffentlich als Parteiführer oder privat als Politiker sprach. Die damit verbundene Widersprüchlichkeit kann jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß August Bebel unfähig war, vielschichtige Probleme auch vielschichtig zu sehen. Bley kommt denn auch zu dem für viele Sozialdemokraten schmerzlichen Ergebnis, daß der SPD-Führer in seinen außenpolitischen (und damit indirekt auch innenpolitischen) Vorstellungen bestenfalls von liberalen Anschauungen ausging, die mit Marxismus gar nichts zu tun hatten. Die Annahme von der Unbesiegbarkeit Preußen-Deutschlands, die Fixierung auf die Machtstellung der Junker sowie die Zustimmung zur Expansion des deutschen Industriesystems in Ost- und Südosteuropa beweisen, wie sehr Bebel in den Kategorien preußisch-deutscher Realpolitik gedacht hat. Damit aber gab er jenen antipreußischen Kurs auf, den Wilhelm Liebknecht als Parteiführer so vehement vertreten hatte und der, wie die Novemberrevolution 1918 zeigen sollte, unbedingt notwendig war zur Demokratisierung Deutschlands.

Wenn auch Bleys Studie der Anfang vom Ende des »Mythos Bebel« sein dürfte, ist ein Gesamturteil, selbst ansatzweise, bis jetzt noch nicht möglich; dazu ist der Politiker Bebel noch zu widersprüchlich. Allerdings scheint es dem Rezensenten, als habe Bley bei seiner Erklärung der Bebelschen Politik der Kriegsverhütung allzufrüh vor dieser Widersprüchlichkeit kapituliert und die Haltung des SPD-Führers nicht genügend hinterfragt. Zweifellos ist richtig, daß Bebel seine Politik nicht »in« der Partei machte, sondern sein Ansehen als international anerkannter Sozialdemokrat nutzte, um sie »mit« der Partei zu verfolgen. Es muß jedoch gefragt werden, wie er sich diese Politik »mit« der Partei konkret vorstellte; denn die Bedeutung der SPD hat er lediglich als »moralischen Faktor« in der preußisch-deutschen Innenpolitik veranschlagt – die herrschenden Kreise haben allerdings auch nicht »mehr« in der Arbeiterpartei gesehen und sie dementsprechend behandelt. In der Julikrise 1914 hat beispielsweise Reichskanzler Bethmann Hollweg gezeigt, wie man diesen »moralischen Faktor« nutzbringend einsetzen konnte; ob allerdings im Sinne Bebels, scheint fraglich. Grundsätzlich muß gefragt werden, warum der so einflußreiche Arbeiterführer nichts unternommen hat, um die SPD vom »moralischen Faktor« zum »Machtfaktor« zu entwickeln. Er verfaßte zwar eine Reihe von »Kampfschriften«, die teilweise hohe Auflagenzahlen erreichten, aber ansonsten beschränkte er sich darauf, die innerparteilichen Gegensätze auszugleichen und jede Aktivität nach außen zu vermeiden. Bedenkt man, wie er Karl Liebknechts Vorschläge zu einer antimilitaristischen Agitation, zum Aufbau sozialdemokratischer Jugendorganisationen und zur Durchführung eines energischen Wahlrechtskampfes auf den Parteitag ab 1904 rigoros bekämpfte, so gewinnt man den Eindruck, daß Bebel die Entwicklung der SPD zum Machtfaktor geradezu bewußt verhindern wollte. Karl Liebknechts Auffassungen mögen im einzelnen ungenau oder auch falsch gewesen sein, sie gingen jedoch in die richtige Richtung, denn was die SPD brauchte, war eine Diskussion über konkrete Wege und Möglichkeiten, wie sie zum »Machtfaktor« in der preußisch-deutschen Innenpolitik werden konnte.

Die Gespräche zwischen Angst und Bebel zeigen jedoch nicht nur, daß sich der SPD-Führer in innenpolitischer Hinsicht Illusionen machte; die Reaktion der britischen Seite beweist, daß auch seine außenpolitischen Auffassungen illusorisch waren. Es waren eben nicht die-

jenigen Kräfte in der britischen Regierung, die Deutschland neutral oder wohlwollend gegenüberstanden, sondern der Marineminister Winston Churchill, der Babels Warnungen nutzte, um seine Forderungen nach einer forcierten Flottenrüstung zu rechtfertigen mit dem Ziel, Frankreich davor zu bewahren, »daß es von den preußischen Junkern niedergetrampelt und ausgeplündert wird«.

Helmut Trotnow

Friedrich Albert Lange. Leben und Werk, hrsg. von Joachim H. Knoll und Julius H. Schoeps (= Duisburger Forschungen, Bd. 21), Walter Braun Verlag, Duisburg 1975, XI, 287 S., engl. brosch., 21,90 DM.

Die Formierungsphasen sozio-politischer Systeme, Institutionen und Organisationen sind für eine legitimationsbedürftige Nachwelt von besonderem Interesse. Zwar lassen sich Traditionszusammenhänge nicht nach Belieben konstruieren, aber die in Übergangszeiten vermeintlich oder tatsächlich gegebene Offenheit für Struktur- und Handlungsalternativen bietet doch Raum für vielfältige, oft widersprüchliche Interpretationsansätze, in denen Teile der heutigen Gesellschaft jeweils *ihre* Geschichte wiedererkennen. Die Geschichte der frühen deutschen Arbeiterbewegung ist mittlerweile zu einem Thema geworden, bei dem das wissenschaftliche Interesse an einer Klärung des Charakters der organisierten Arbeiterbewegung (als einer vorwiegend sozialpolitisch, nationalpolitisch oder demokratisch motivierten, mehr oder weniger selbständigen, mehr oder weniger theoriegeleiteten Bewegung) und an einer Aufhellung der Frage nach ihrer Entstehung und ihrer Ablösung vom Hintergrund bürgerlich-liberaler Protektion sich verschränkt mit einem aktuellen Interesse an historischer Legitimierung gegenwärtiger Politik und Programmatik.

In beiden Interpretationskontexten stößt Friedrich Albert Lange (1828–1875) auf zunehmende Beachtung, die dem im Kontaktbereich zwischen Liberalismus und Sozialismus angesiedelten Intellektuellen und dem Vertreter einer pragmatischen, ethisch fundierten Politik der Verhinderung sozialer Konflikte vornehmlich gilt. Die Zahl der derzeit aufgelegten Schriften Langes kann dieses Interesse belegen: Mit der neueren Veröffentlichung seiner pädagogischen Texte und seiner sozialpolitischen Hauptschriften durch die Herausgeber des vorliegenden Bandes, mit dem Faksimiledruck des 1865/66 von ihm redigierten »Boten vom Niederrhein«, mit der gewichtigen Edition seiner Briefe und Leitartikel »Über Politik und Philosophie«, die Georg Eckert 1968 besorgt hatte, und schließlich mit der 1974 erschienenen Paperback-Ausgabe der »Geschichte des Materialismus« liegt das Bewahrenswerte aus Langes Werk in einer Vollständigkeit vor, wie sie für das Oeuvre politischer und philosophischer »Randfiguren«, zu denen Lange von Theodor Heuß noch gerechnet wurde, nicht eben alltäglich ist.

Wenn die Herausgeber der vorliegenden Aufsatzsammlung zum 100. Todestag von Lange zur Rechtfertigung ihres Unternehmens trotzdem den Topos vom »großen Vergessenen«, den es ans Licht zu heben gelte, bemühen und über die Darstellung dessen hinaus, »wie es denn eigentlich gewesen«, die von ihnen versammelten Beiträge nicht auf Aussagen zur »Gesellschafts- und Gegenwartsrelevanz« der Person und der mit ihr verbundenen Themen« befragen lassen wollen, so steht dies merkwürdig quer zum Gestus und Gehalt der meisten Aufsätze, aber auch zu ihrem eigenen, deutlich positiven Vorverständnis der Langeschen Position als einer, »die den Revisionismus antizipiert noch bevor sich im sozialdemokratischen Programm ein realistisches Verhältnis zum vorfindbaren Staat und den darin möglichen Gesellschaftsformen anbahnte« (Vorwort)!

Es ist eine der Schwächen dieses Bandes, daß er die geheime Zustimmung fast aller Autoren zum systemlosen, »nicht dogmatisch fixierten«, reformbejahenden Konzept der Langeschen Philosophie und Politik nicht thematisiert und damit offener Bewertung zugänglich macht. Durch seine Anlage wird dieses Moment der Ideologiekritik noch verstärkt: Der editorischen Absicht gemäß, »Lange in seinen vielfältigen Artikulationen vorzuführen« (Vor-